Monika Krause erinnert Frauenrechtlerinnen an ihren Auftrag

Offenkundig kann die AfD im Römer gar nicht oft genug betonen, dass Frankfurt durch das Minus im Haushalt von 300 Mio. Euro dringend sparen muss. *„Selbstverständlich gilt das ausnahmslos für jedes Ressort!“*, sagt Monika Krause, Stadtverordnete der AfD im Römer. *„Auch im April dieses Jahres hagelte es, – same procedure as last year –, im Verlauf der Sitzung des Ausschusses Wirtschaft und Frauen bei Vorstellung der AfD-Etatanträge Vorwürfe, als AfD ‚ausgerechnet‘ bei den dort behandelten Vereinen und Organisationen sparen zu wollen“*, so Krause. *„Da man aber getrost davon ausgehen kann, dass die Einnahmen der Stadt weiter sinken und ihre Verschuldung zunehmen wird, fordern wir verständlicherweise in jedem Ressort einen sorgsameren Umgang mit den Steuergeldern der Bürger! Im Großen wie im Kleinen!“*

Die Vereine und Organisationen, welche in den AfD-Etatanträgen im Ausschuss Wirtschaft und Frauen genannt werden, können sich nach unseren eingehenden Recherchen in der Regel selbst durch Spenden, Mitgliedsbeiträge, Sponsoren und Landesmittel finanzieren. Daraus resultiert logischerweise nicht automatisch, dass wir diese Vereine oder Organisationen ablehnen. Verfolgen dieselben jedoch klar erkennbar eine ideologische Zielsetzung, versteht sich die Notwendigkeit, den Rotstift anzusetzen, doch ohnehin von selbst! Die Steuermittel werden schließlich rein für die Daseinsvorsorge zur Verfügung gestellt!“, ruft Krause in Erinnerung.

Fortsetzung Seite2 >>>>

Monika Krause erinnert Frauenrechtlerinnen an ihren Auftrag

„Betrachtet man nun die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands, was Frauen-, Schwulen- und Lesbenrechte betrifft, erkennt man für alle eine allgemein positive Entwicklung und Teilhabe innerhalb der deutschen Gesellschaft“, fährt die frauenpolitische Sprecherin fort. „Und natürlich spricht sich die AfD klar für Gleichberechtigung aus!

Dabei haben wir den allergrößten Respekt und Hochachtung vor den Feministinnen im Iran und Pakistan, die unter schwersten Bedingungen für die dortigen Frauenrechte kämpfen und deshalb mit harten Repressalien bedroht werden. In Deutschland sind es Frauen wie Leyla Bilge, Sabatina James, Seyran Ates und Necla Kelek – um einige wenige zu nennen –, die sich auch in diesem Land nicht selten nur noch unter Polizeischutz –, vehement gegen islamischen Fundamentalismus und die daraus resultierende Frauenverachtung sowie die frauenfeindliche Körperverstümmelung und Körperverhüllung stellen. Damit kämpfen sie wahrhaftig für Frauenrechte! Von den hiesigen Vereinen vernehme ich diesbezüglich – unbegreiflicherweise! - nur dröhnendes Schweigen“, betont Krause.

„Zum Hinweis seitens Frau Stilgenbauers von der SPD, die AfD habe Probleme mit Frauen, weil auf der Landesliste in Hessen keine Frau auf den ersten zehn Plätzen stehe, kann ich nur sagen: Was geht die anderen unsere Personalentscheidungen an? In jedem Fall sind wir auf unsere brillianten Damen in Berlin sehr stolz!“, schließt die AfD-Stadtverordnete.

Akteneinsichtsausschuss zu Drogenhaus gefordert!

Unglaubliche 25 Kilogramm Heroin, fast vier Kilogramm Marihuana, 1,6 Kilogramm Kokain und 700 Gramm Crack hat die Polizei zuletzt bei einer Razzia in einem heruntergekommenen Wohnhaus in der Niddastraße 51 bei albanischen Drogenhändlern gefunden. Soweit so schlimm. Was dem Fass hierbei aber den Boden ausschlägt: Die Stadt soll Presseberichten zufolge bereits im Januar 2017 von den Missständen in dem Drogenhaus gewusst haben! Deshalb hat die AfD im Römer nun einen Akteneinsichtsausschuss beantragt.

Anfang 2017 sei vom Ordnungsamt ein Bericht verfasst und an sämtliche städtische Ämter weitergegeben worden, die mit Mietangelegenheiten, baurechtlichen Verfahren und Jugendschutz befasst sind, d.h. an die Ämter für Wohnungswesen, die Bauaufsicht und das Jugendamt. Nach Angaben der FAZ listet der Bericht eine ganze Reihe von Vergehen auf. So seien mehrere Personen angetroffen worden, die nicht amtlich erfasst waren und auch keinen Nachweis erbringen konnten, dass sie in einem regulären Mietverhältnis dort lebten. Unter ihnen hätten sich auch Mitglieder eines albanischen Drogenhändlerrings befunden, die das Gebäude als anonymen Unterschlupf nutzten. Mit dem Bericht des Ordnungsamts sei seinerzeit die Aufforderung ergangen, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit so schnell wie möglich tätig zu werden. Dies ist jedoch offensichtlich nicht oder nur unzureichend erfolgt.

Damit sich die Stadtverordneten ein vollständiges Bild über die Aktivitäten des Magistrats verschaffen können, ist Akteneinsicht nötig. Vorgelegt werden soll die Dokumentation des Ordnungsamts zur Liegenschaft Niddastraße 51 sowie die Reaktion der mit dieser Dokumentation befassten städtischen Ämter.

Straßenbaumaßnahmen: Gewerbetreibende finanziell unterstützen

So, wie vor allem in Frankfurt an Straßen gebaut wird, haben Inhaber von Geschäften, Gaststätten oder Handwerksbetrieben in hiervon betroffenen Bezirken immer wieder nichts zu lachen. Sind Kunden zu erheblichen und zeitaufwendigen Umwegen gezwungen, können Straßenbaumaßnahmen, welche einen längeren Zeitraum beanspruchen, im Extremfall für die Gewerbetreibenden existenzbedrohend sein. Die auf der Offenbacher Landstraße in Mitleidenschaft gezogenen können davon derzeit ein Lied singen! Daher hat die AfD im Römer den Magistrat nun beauftragt zu prüfen, inwieweit die Stadt hier finanziell unter die Arme greifen kann.

„Nach Auskunft des zuständigen Verkehrsdezernenten besteht für die Stadt Frankfurt keine rechtlich zulässige Möglichkeit, besonders betroffenen Gewerbetreibenden finanzielle Unterstützungen zu gewähren“, sagt Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Rathaus. „Dies betrifft jedoch nur direkte Zahlungen der Stadt. Eine alternative Möglichkeit wäre aber eine indirekte Unterstützung, z.B. über die Wirtschaftsförderung. Ziel soll es dabei sein, besonders kleine Unternehmen mit erheblichen Umsatzrückgängen vor existenzbedrohenden Situationen zu schützen“, so Rahn.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter: www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **24. Mai 2018**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de

Tel.: 069 - 212 46 222

Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Alternative
für
Deutschland

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)